



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 24831 - 33  
Fernschreiber 0866890

P/XIII/214 - 20. September 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	Bezeichnendes Zwischenspiel in Kiel CDU verschärft Kurs gegen DGB	52
2 - 4	Konventionelle oder fortschrittliche Agrarpolitik in Europa ? Von Harri Bading, MdB.	87
4	Im Haas vereint Kommunistische Schützenhilfe für die CDU	17
5 - 6	Die Dänen in Schleswig-Holstein Ständig wachsender Stimmenschwund	58
7	Russisch wird zur Weltsprache Russischkenntnisse für Wissenschaftler unentbehrlich	40

\* \* \* \* \*  
\* \* \* \* \*

Bezeichnendes Zwischenspiel in Kiel

sp - Im Schatten des "Glanzes" der Rede Adenauers und seiner Wiederwahl spielte sich fast unbeachtet ein auch über die CDU hinaus bedeutsamer Vorfall ab. Im Rahmen einer scheinbar läppischen Geschäftsordnungsdebatte wurde, wenn man so will, ein "Vorstoß" der CDU-Sozialausschüsse in kaum noch eleganter Manier abgewehrt. Diese Sozialausschüsse, das Kind Jakob Kaisers und, nach ihrer Aussage, die Vertretung und das wache Gewissen der Arbeitnehmer in der CDU, sahen sich vor der für sie unerfreulichen Situation, dass sich der "Bestand" der Arbeitnehmervertreter im CDU-Parteivorstand nach dem Ausscheiden der beiden Adenauer-Stellvertreter Arnold und Kaiser nur noch aus einem Mann, nämlich Theo Blank, rekrutieren würde. Sie hatten sich deshalb kurzfristig entschlossen, dem Parteitag einen Antrag auf Vergrößerung des geschäftsführenden Vorstandes von drei auf vier Mitglieder vorzulegen, wobei der neue vierte Mann ein Vertreter der Sozialausschüsse sein sollte.

Die Initiatoren dieses Antrags waren der Nachfolger Kaisers als Vorsitzender der Sozialausschüsse, Albers, und Kaisers Schwiegersohn Katzer, der nach den Plänen der Sozialausschüsse eigentlich Arbeitsminister im neuen nordrhein-westfälischen CDU-Kabinetts Dr. Meyers werden sollte, aber von diesen nicht berücksichtigt worden ist. Auch in Kiel legte sich Meyers wieder quer, indem er in einstimmiger mit Adenauer den Albers-Katzer-Antrag mit allgemeinen Bedenken auffing und durch eine verwaschene Formulierung ersetzte, die den Parteibundesausschuss beauftragt, erforderlichenfalls für besondere Aufgaben nun weitere Mitglieder hinzuzuwählen. Im Übrigen, so meinte Meyers treuherzig, wolle man doch erst einmal die Entwicklung abwarten und in ein oder zwei Jahren sehen, was dann notwendig sein würde.

Kein Zweifel, dass Meyers damit die Ansprüche der Sozialausschüsse nicht nur taktisch aufgefangen, sondern tatsächlich torpediert hat. Ein neues Kapitel des innerparteilichen Machtstreites ist, nicht zuletzt durch Meyers massiven Hinweis auf seine Übereinstimmung mit Adenauer, abgeschlossen worden, wobei Albers noch vor dem Parteitageplenum Ja und Amen sagen musste. Der Kurs, den die "Sieger" einschlagen werden, dürfte nunmehr wahrscheinlich in Richtung auf die christlichen Gewerkschaften liegen, deren Vertreter beim Kieler Parteitag, wenn auch nach denen des DGB, aber doch unverkennbar betont begrüßt und vom Plenum sehr herzlich applaudiert wurden. Meyers, der seine Chance in Kiel reichlich rücksichtslos wahrnahm, liess im Übrigen, als ihm der Kottbuser MdB Dr. Weber mit seinem unvermuteten Hinweis auf die Satzungswidrigkeit des Beschlusses beinahe das Konzept verdorben hätte, sehr schnell und hitzig erkennen, wohin die CDU-Führung will. Meyers erklärte erregt: "Wir werden auf die Dauer unseren politischen Status nicht halten können, wenn wir nicht die Arbeiter hinter uns bekommen und in die Betriebe gehen." Man braucht kein Prophet zu sein, um sich vorzustellen und auszurechnen, welche Wege die CDU-Führung zur Erreichung dieses Ziels einzuschlagen gedenkt. Man braucht sich dabei nur der höchst massiver Angriffe Adenauers und auch Krones gegen den DGB zu erinnern, die sie wenige Stunden vor dem Meyers-Albers-Duell vorher in Gegenwart des DGB-Vorsitzenden Willi Richter in der Kieler Ostseehalle gerichtet haben.

Konventionelle oder fortschrittliche Agrarpolitik in Europa?

Von Harri Bading, MdB

Zur Zeit tagen in Wien die in einen Verband zusammengeschlossenen Bauernverbände der Länder des westlichen Europas, um über ihre Stellung zu Fragen des Gemeinsamen Marktes und der Freihandelszone zu beraten. Bekanntlich hat der Bauernverband Westdeutschlands, nachdem dessen Vertreter auf der Agrarkonferenz von Stresa keine Bedenken gegen die dort beschlossenen Grundsätze einer Agrarpolitik des Gemeinsamen Marktes erhoben hatten, einen offenen Brief an den Bundeslandwirtschaftsminister Eibke gerichtet, mit dem erhebliche Vorbehalte angemeldet wurden. Es ist das alte Verfahren. Dort, wo man weiß, daß den eigenen Argumenten kein Erfolg beschieden sein kann, wird geschwiegen. Nachher trumpft man auf und beschwert sich, daß man nicht gehört worden sei. Gleichzeitig versucht man, wie jetzt in Wien, Bundesgenossen zu finden, die bereit sind, die bisherige konventionelle Agrarpolitik nitzuzachen.

Ob den Bemühungen des Bauernverbandes in Wien, eine "Grüne Front" auf europäischer Basis zu bilden, Erfolg beschieden sein wird, steht dahin. Zweifellos schließen sich Interessentenverbände international leicht zusammen, wenn es sich um die Beziehung einer Kampfstellung gegen Dritte handelt, andererseits stoßen sich hart im europäischen Raum die agrarischen Interessengegensätze, denn es geht um die Absatzmöglichkeiten. In jedem Fall wird man in den Resolutionen von der Bedeutung der Erhaltung des europäischen Bauerntums für die Freiheit der westlichen Welt etwas lesen können. Das aber sind nur schöne Worte. Tatsächlich geht es um die Frage, welche Wege die Agrarpolitik in Zukunft einschlagen muß, damit auch sie dazu beiträgt, daß sich ein echter gemeinsamer Markt im westlichen Europa ergibt. Ebenso wie die Landwirtschaft ein integrierender Bestandteil der Gesamtwirtschaft sein soll, so muß auch die Agrarpolitik ein integrierender Bestandteil der Gesamtwirtschaftspolitik sein. Weder hier noch dort dürfen Teilinteressen den entscheidenden Einfluß haben.

Auf die deutsche Agrarpolitik haben solche Teilinteressen bislang aber entscheidend eingewirkt. Die konventionelle Agrarpolitik sieht in erster Linie Maßnahmen als wichtig an, die auf die Preisbildung landwirtschaftlicher Erzeugnisse gerichtet sind und sich meist zu Lasten

der Verbraucher und nur zu Gunsten der Erzeuger auswirken, deren Betriebe strukturell in Ordnung sind und die infolgedessen nur an diesem Teil der Agrarpolitik interessiert sind. Gewiß ist die Preispolitik nicht von untergeordneter Bedeutung für die Landwirtschaft, denn was der Lohn für den Arbeiter bedeutet, das bedeutet für den Bauern der Preis für seine Erzeugnisse, aber die konventionellen Agrarpolitiker übersahen oder wollen nicht sehen, daß in der Bundesrepublik nur eine Kinderheit der landwirtschaftlichen Betriebe strukturell in Ordnung ist, und daß eine lediglich die Einnahmenseite der Landwirtschaft berücksichtigende Agrarpolitik gar nicht geeignet ist, der Mehrzahl der bäuerlichen Bevölkerung zu helfen. Alle Mittel, und es handelt sich um Milliardenbeträge, die von der Allgemeinheit für diese Zwecke aufgewandt wurden und noch aufgewandt werden, haben nicht dazu geführt, die Mehrzahl der bäuerlichen Betriebe auf die neue Situation vorzubereiten, die aus dem gemeinsamen Markt sich ergeben wird.

Die sozialdemokratische Agrarpolitik kann für sich in Anspruch nehmen, schon seit Jahren darauf gedrängt zu haben, das Schwergewicht der Maßnahmen auf die Verbesserung der Betriebsstruktur und die Rationalisierung der Betriebswirtschaft, auf den Ausbau des Genossenschaftswesens und der Absatzorganisation sowie auf die Verbesserung des Bildungs- und Beratungswesens zu legen und dementsprechend die Förderungsmittel einzusetzen. Die sozialdemokratischen Agrarpolitiker befinden sich hierbei im Einklang mit den Erkenntnissen der agrarpolitischen und betriebswirtschaftlichen Wissenschaftler, und manches ist auch in Angriff genommen worden. Dennoch spielen die Maßnahmen zur Erhöhung der landwirtschaftlichen Einnahmen der strukturell in Ordnung sich befindenden Betriebe durch eine diesen Ziel untergeordnete Preis-, Subventions- und Einfuhrpolitik in der deutschen Agrarpolitik immer noch eine bedeutend größere Rolle zum Nachteil der Entwicklung der Gesamtheit der Landwirtschaft.

Der gemeinsamen Arbeit im Rahmen einer europäischen Wirtschaftsgemeinschaft wird in Zukunft steigende Bedeutung zukommen. Der Grundsatz, daß die eigene Erzeugung unter allen Umständen den Vorrang beanspruchen darf vor der Erzeugung des Nachbarlandes, kann nicht mehr unbeschränkte Gültigkeit haben. Es ist geradezu als ein Verhängnis zu betrachten, daß seit einem Dreivierteljahrhundert die konventionelle Agrarpolitik diese Ansicht vertritt und damit zu einem festen Bestandteil des Denkens der landwirtschaftlichen Bevölkerung gemacht hat. Eine fortschrittliche

Agrarpolitik, wie sie von der Sozialdemokratie vertreten wird, kann nicht von diesem Grundsatz ausgehen, sondern ihr Ziel muß sein, die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe so zu gestalten, daß die Produktivität der Arbeit den Menschen ein Einkommen verdienen läßt, das dem der Arbeit in den anderen Teilen der Wirtschaft entspricht.

Die deutsche Sozialdemokratie hat bewußt in Kauf genommen, daß ihre Agrarpolitik in weiten Kreisen der deutschen Landwirtschaft nicht so populär ist wie eine lediglich auf Propaganda abgestellte Agrarpolitik, in deren Rahmen die tatsächlichen Verhältnisse den Bauern gegenüber verschwiegen oder verdreht dargestellt werden. Die sozialdemokratischen Agrarpolitiker werden bei ihrer Arbeit in den Parlamenten, auf dem Lande und in der internationalen Zusammenarbeit auch weiterhin im Interesse der bäuerlichen Bevölkerung und der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer ihre richtigen Ansichten vertreten und durchzusetzen sich bemühen, denn sie fühlen sich für die landwirtschaftliche Bevölkerung ebenso verantwortlich wie für alle anderen arbeitenden Menschen.

+ + +

Im Hass vereint

sp - Eine Berliner Druckerei hatte im sozialdemokratischen Auftrag eine Wahlillustrierte für den Landtagswahlkampf in Schleswig-Holstein hergestellt. Die Wähler dieses Bundeslandes werden diese Wahlillustrierte vor dem Wahltag nicht mehr in die Hand bekommen. Irgendeine Pankower Behörde hatte die Ausstellung der Begleitpapiere für den Transport durch die Zone zwar zugesagt, später jedoch erklärt, die Genehmigung "müsse von einer höheren Stelle" erteilt werden, das werde voraussichtlich nicht vor einer Woche geschehen. Diese kleine Schikane Pankower Stellen gegen deutsche Sozialdemokraten ist eine Schützenhilfe für die CDU, vielleicht als Dank dafür, dass die CDU in Schleswig-Holstein, wie seinerzeit auch in Nordrhein-Westfalen, die Aufstellung unter dem Firmenschild "unabhängig" getarnter Kommunisten begünstigte. Kommunisten und CDU in einer Front gegen die Sozialdemokratie - das erinnert an die Zeiten der Weimarer Demokratie, wo deutsche Rechtsparteien sich gemeinsam mit den Kommunisten zusammenfanden, um die stärkste demokratische Kraft zu bekämpfen. Dieses würdelose Schauspiel wiederholt sich, nur dass diesmal der Partner der Kommunisten CDU heißt.

+ + +

### Die Dänen in Schleswig-Holstein

mu. - Der Südschleswigsche Wählerverband (SSW), die Partei der dänisch orientierten nationalen Minderheit im Norden Schleswig-Holsteins, sieht mit einiger Sorge auf die Landtagswahl, die am 28. September stattfindet. Seit 1947 geht es nämlich mit den Stimmen dieser einzigen nationalen Minderheitspartei im Bundesgebiet abwärts. Während der SSW 1947 mit 9,3 Prozent aller Stimmen noch sechs Mandate in den Kieler Landtag brachte, erhielt er bei der Wahl zum Landesparlament im Jahre 1950 nur noch 5,5 Prozent aller Stimmen und vier Sitze.

Auch im Jahre 1954 wäre der SSW noch in den Plenarsaal an der Kieler Förde gekommen, wenn nicht die Fünf-Prozent-Sperrklausel des Landeswahlgesetzes ihn daran gehindert hätte. 5,5 Prozent der abgegebenen Stimmen hätten noch zwei Parlamentarier gebracht, aber schon keine Fraktion mehr. Auf Drängen der Sozialdemokraten beschloß der Landtag in Kiel in der letzten Legislaturperiode, für die Partei der nationalen Minderheit die Sperrklausel zu beseitigen. Aber sein Stimmenanteil ging - gemessen an der letzten Bundestagswahl - weiter auf 2,5 Prozent zurück. Wenn der SSW jetzt nicht zum ersten Mal seit 1947 eine aufsteigende Tendenz erlebt, wird er am 28. September nur noch mit einem einzigen Abgeordneten in den Kieler Landtag kommen.

Dabei kann man durchaus feststellen, daß an der Grenze im Norden die chauvinistischen Reißsporne auf beiden Seiten immer seltener geworden sind. Die damals im Jahre 1950 von dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Diekmann und dem dänischen Regierungschef Heistoft vereinbarte Kieler Erklärung schaffte die Voraussetzungen für eine Entkrampfung an der Grenze und gab den Minderheiten hüten und drüben liberale Chancen. Die dann später getroffenen Kopenhagener und Bonner Minderheitenprotokolle setzten diese Entwicklung fort. Der Stimmenrückgang des dänisch orientierten Südschleswigschen Wählerverbandes hat sich also durchaus vor dem Hintergrund einer immer stärker gesicherten Tolerierung abgespielt.

Wer indes die soziologische Struktur der Minderheit in Schleswig-Holstein in der letzten Zeit betrachtet, kommt zu der Auffassung, daß die Wähler und Mitglieder des SSW überwiegend aus Arbeitnehmern und kleinen Mittelständlern bestehen. Das könnte man zu einem Vergleich mit der deutschen Minderheit im dänischen Nord-schleswig heranziehen. Dort nämlich halten vor allem die Arbeitnehmer zur dänischen sozialdemokratischen Partei und die Partei der deutschen Minderheit von Schmidt-Oxøll ist eher eine Mittelstands- und Bauernpartei.

Es wäre also denkbar, daß im Zuge der weiteren Entwicklung südlich der Grenze vor allem im Raume Flensburg die Arbeitnehmer sich in steigendem Maße der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zuwenden. Es würde jedenfalls keineswegs gegen eine großzügige Minderheitenpolitik verstoßen, wenn man seitens der Sozialdemokratie um diese Wähler des SSW werben würde.

Die Folge einer derartigen Entwicklung könnte sein, daß der dänisch orientierte SSW, für den es ja in der Tat keinerlei wahltechnische oder verfassungserrechtliche Beschränkungen mehr gibt, einmal weniger Stimmen bekäme, als sie zur Erringung auch nur des einzigen Landtagsmandates erforderlich wären. Das würde indes für die sozialdemokratische Partei Deutschlands die Verpflichtung beinhalten, die Interessen der Arbeitnehmer-Bevölkerung, die einmal zum SSW stand, in Kieler Landtag wahrzunehmen. Was die kulturellen und vielleicht auch schulpolitischen Belange der Minderheit anbetrifft, so könnte man hier daran denken, Vertreter der kulturellen Vereinigungen des SSW in Kultusausschuß des Kieler Landtages Sitz und möglicherweise sogar Stimme zu geben.

+ + +

### Russisch wird zur Weltsprache

K.J. Die Russen müssen nicht erst kommen, sie sind schon da. Heute gibt es keine große internationale Begegnung mehr, an der die Sowjetunion nicht an hervorragender Stelle teilnehmen würde. Das beginnt in der Politik, geht über die Kunst und die Wissenschaft und hört in Sport noch lange nicht auf. Die Russen sind überall.

Impressionen brachten die Sowjets auf der internationalen Atomkonferenz zu sagen. Transportable Atomkraftwerke wollen sie bauen und die Sonnenenergie nutzbar machen. Aufsehen erregte es, als sie der Konferenz ein viertändiges Werk über die sowjetischen Arbeiter in der Kernverschmelzung schenkten und damit lange gehütete Geheimnisse preisgaben. Russisch ist heute neben Englisch und Französisch internationale Konferenzsprache. In Genf, beispielsweise, hörte man nur sehr selten Deutsch.

Aber wer spricht im Westen schon Russisch? Besucher internationaler Ausstellungen ruften sich in der letzten Zeit wundern, daß die Russen wie selbstverständlich die Kenntnis ihrer Sprache voraussetzen: Ausstellungstafeln sind russisch beschriftet, Tafeln, Daten, allgemeine Erklärungen. Was soll man damit anfangen? Viele entrüsteten sich, fühlen sich in ihrem Weststolz verletzt und meinen, die Sowjets sollten gefälligst Englisch oder Französisch lernen. Aber die tun uns den Gefallen nicht.

Aüßlich erklärte der Direktor der Heidelberger Sternwarte, die Russen hätten uns heute auf wissenschaftlichem Gebiet soviel zu sagen, daß zumindest kein Naturwissenschaftler von internationaler Geltung mehr ohne die Kenntnis der russischen Sprache auskomme. Und wenn man schon nicht von Gelehrten selbst verlangen könne, daß er sich auf eine Sprachschulbank setze, dann müßte es wenigstens in jedem naturwissenschaftlichen Institut jemanden geben, der russische Literatur im Original zu lesen imstande ist. Es lohne sich wirklich.

Man muß dieser Forderung zustimmen; wer sie heute noch nicht begreift, wird sie morgen begreifen. Die Sowjets spielen mit an erster Stelle im Weltkonzert, und sie werden es bald als Selbstverständlichkeit nehmen, daß ihre Partner ihre Sprache verstehen. In den letzten Kriegsmonaten ging bei uns ein galgenhumoriger Witz um: "Lerne schnell Russisch!" Übersetzten die Leute das LSR, die Abkürzung, die auf den nächsten Luft-Schutz-Raum verwies. Heute noch liest man an mancher Ruinenmauer, an mancher noch nicht wieder renovierten Häuserfassade ein verwittertes LSR. Es kann nicht schaden, wenn wir es wieder als eine Aufforderung auffassen, Russisch zu lernen - und diesmal gar nicht witzig und gar nicht doppeldeutig. Die Russen sind schon da. Gerade weil wir wünschen, daß sie weiter friedlich leben und mit uns leben, sollten mehr Bundesbürger ihre Sprache lernen. Vor allem die Naturwissenschaftler.

+ + -

-----  
Verantwortlich: Günter Markscheffel